

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 15. Dezember 1904.

№ 144.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Unsern Rückblick auf den Monat November wollen wir ausnahmsweise nicht mit längeren Betrachtungen über allgemeine Fragen einleiten. Stoff dazu wäre — wie immer — in reichlicher Menge vorhanden, nicht aber der nötige Raum, der diesmal von anderen Sachen in Anspruch genommen wird, deren Interesse für die Leser des „Corr.“ ebenso zweifellos ist. Wir wollen jedoch nicht verfehlen, den freundlichen Einsern von anderswo erschienenen Abhandlungen über den Generalstreik usw. bestens zu danken; es beweist uns das erfreulichste, mit welcher Aufmerksamkeit auch dieser Teil des „Corr.“ verfolgt wird. Nachdem jedoch unsere Leser, wenigstens der größte Teil derselben, sich an diesem Thema gründlich den Magen verbissen haben, allerdings nicht durch unsere Schuld, erscheint nach dieser Richtung eine Schonzeit wohl geboten. In der nächsten Uebersicht wird also wieder mehr im allgemeinen Fahrwasser gepötschert werden.

Auch über die Angelegenheiten der **Buchdrucker** wollen wir uns diesmal ganz kurz fassen. Das Hauptereignis des November, die Gauvorsitzherrenkonferenz, ist in bezug auf ihre Veranlassung, ihren Verlauf und ihren Ausklang ausführlichst unseren Lesern bekannt geworden; damit erschöpft sich aber auch der Kreis der wichtigeren Begebenheiten. Wir wollen jedoch mitteilen, daß die Gewerkschafts- und Arbeiterpreise, soweit sie sich dazu geäußert, der Haltung der Gauvorsitzer beigezeichnet hat, um dem Unternehmertum dadurch zu beweisen, wie Arbeiter auf die Einhaltung von Verträgen dringen. Die Einführung einer Rubrik über sozialpolitische Fragen im „Corr.“ ist allgemein gut aufgenommen. Ueber die Geschäftslage im Buchdruckgewerbe können wir wegen des früheren Abschlusses der diesmaligen Uebersicht erst im Schlussartikel unter „Arbeitsmarkt“ berichten.

Die **Buchbinder** haben noch an mehreren Orten Vorstöße zur Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse unternommen, wobei es aber nur zu vereinzelten Arbeitsniederlegungen gekommen ist. In Hamburg-Altona fand die Lohnbewegung ihren vorläufigen Abschluß, nachdem bei 96 Firmen 251 Arbeiter und 353 Arbeiterinnen ohne Streik Lohn erhöhungen und die neunstündige Arbeitszeit durchgesetzt waren. In drei Fällen kam es zum Ausstände, von denen einer verloren ging. Frankfurt a. M., welche Stadt sodann in Betracht kommt, mußte einen Kampf mit den Prinzipalpalen aus verschiedenen Gründen hinauschieben; die Forderungen der Gehilfen sind nämlich vorberhand abgelehnt worden. In Kiel ist jedoch ein Tarif mit zehnstündiger Arbeitszeit, 32 bis 35 Pf. Stundenlohn und 33 Proz. Aufschlag für Ueberstunden vereinbart worden. Trotz dieser verschiedentlichen Aktionen ist von einer Verallgemeinerung und Festigung der Tarifgemeinschaft im Buchbindergewerbe recht wenig zu spüren. Die an den einzelnen Orten gestellten Forderungen beziehen sich in der Hauptsache auf höheren Lohn und in zweiter Linie auf kürzere Arbeitszeit; die Errichtung tariflicher Institutionen als der systematische Aufbau einer Tariforganisation ist nach wie vor zu vernachlässigen, so daß nur eine ganz lose Regelung der Tariffrage zu konstatieren ist. Nachdem der neue Buchbinderarif für die drei Hauptorte über zwei Jahre in Kraft, könnte sehr wohl die Tarifgemeinschaft in diesem Gewerbe größere Ansätze zu einer Vereinheitlichung aufweisen. Wie wir aber schon öfter ausgeführt haben, ist die grenzenlose Indolenz der Buchbinderprinzipale der hemmende Faktor. Nicht einmal die an die Spitze der tariflichen Hauptinstanz berufenen Prinzipale zeigen Interesse an der Sache. Ueber das Tarifamt herrscht nämlich Fortgesetztheit und allgemeine Mißstimmung, weil die Prinzipalpalenmitglieder desselben eine kaum glaubliche Untätigkeit an den Tag legen. Ob der in den letzten Tagen erfolgte Rücktritt mehrerer Gehilfenmitglieder des in Leipzig ansässigen Tarifamtes von ihren Posten mit dieser bedauerlichen Teilnahmslosigkeit der Arbeitgebervertreter zusammenhängt, können wir jetzt noch nicht sagen. Sicher ist aber, daß mit dem Tarifamte der Buchbinder jetzt ernsthafte Differenzen ausgebrochen sind, und zwar ist — welche Zufallsfall! — Berlin der Ort, welcher noch aus einem besondern Falle arg verurteilt ist mit der tariflichen Zentrale. In Berlin steht man nämlich eventuell am Vorabend größerer Konflikte. Die Berliner Buchbindermeister wollen die Vorarbeiten

nicht mehr nach dem wirklichen Formate, sondern nach der Deckgröße, d. h. nach der Größe des gebundenen Buches bezahlen. Die Falzerinnen und Vorarbeiter würden durch das Berechnen nach dem Beschichte jährlich eine große Einbuße, für die Falzerinnen wird sie allein auf 56000 Mk. taxiert, erleben. Die Berliner Buchbinder wandten sich nun an das Tarifamt mit einer Beschwerde über diese Tarifverletzung. Der stellvertretende Vorsitzende — der eigentliche ist nie in Leipzig anzutreffen — wies jedoch die Beschwerdeführer mit dem Bemerkens ab, daß in Stuttgart und Leipzig gemäß tariflicher Bestimmung so berechnet werde, wie von den Berliner Prinzipalpalen jetzt gewollt. Das stimmt nun allerdings; die Berliner Buchbinder wollen sich jedoch dieses Rejeratrecht nicht nehmen lassen, jeden Versuch zu dessen Aufhebung werden sie vielmehr als Tarifbruch ansehen und mit allen Mitteln bekämpfen. Der Verbandsvorsitzende Klotz kritisierte in dieser erst in den letzten Tagen abgehaltenen Protestversammlung auch die vielen Mängel des Tarifamtes. An diesem Beispiele ist so recht deutlich zu sehen, welche Unfertigkeiten der Tarifgemeinschaft der Buchbinder anhaften, und daß von einer Klarheit auf dem Tarifgebiete absolut nicht zu reden ist. Diese Unfertigkeit und Unklarheit birgt aber so viel Eventualitäten und Gefahren in sich, daß der den Tarifgemeinschaften zugrunde liegende Gedanke auf diese Weise gewiß nicht zum Ausdruck und zur Geltung kommt.

Für einen Teil unserer Kollegenchaft mögen diese Zustände ein Zeichen dafür sein, daß die Ausgestaltung einer Tarifgemeinschaft nicht allein abhängig ist von dem entschiedenen Willen der Arbeiter, sondern eine nicht unwesentliche Förderung der Sache auch von dem Verständnisse und der Mitarbeit der Unternehmer zu erwarten steht. Natürlich bequemen sich Arbeitgeber nicht allzu häufig zu einem derartigen Zusammenwirken, der größte Teil derselben wird viel eher dem auf der neulich abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller gefallenen Worte von der verhängnisvollen Bedeutung der Arbeiterorganisationen beipflichten. Wenn ihnen aber wie unseren Prinzipalpalen der tarifliche Gedanke wie die tarifliche Mitarbeit in den zwingendsten Formen anerzogen wird, dann hat die Geschichte schon ein andres Aussehen. Sind unsere tariflichen Verhältnisse mit denen der Buchbinder auch nicht gut gegenüber zu stellen, weil die Tariffrage bei denselben immerhin noch jungen Datums, so ist ein ungefährer Vergleich zwischen dem Verhalten der Arbeitgeber hüben und drüben dennoch angebracht, und dieser lehrt doch eine andre Auffassung, wie sie verchiedentlich bei uns beliebt wird. Die Misere bei den Buchbindern ist eben dasselbe Leben, was wir insolge der Untätigkeit unserer Prinzipalpalen bei den Vorläufern der jetzigen Tarifgemeinschaft durchmachen mußten. Dank der durch die Verhältnisse erzwungenen besseren Einsicht auf Prinzipalpalenseite haben wir diese Krankheit nun überwunden und unsere Tarifgemeinschaft ererbt sich jetzt sogar einer großen Bedeutung in der Öffentlichkeit.

Unsere Schwager haben aber auch noch andere Schmerzen als nur in der Wagenenge. So übersehen viele die Bedeutung der Tariffrage und nörgeln noch immer an den Beschlüssen des letzten Verbandstages herum. Die einen sind mit der Verlegung des Verbandsstiftes nach Spreaathen und mit dem neuen Vorsitzenden immer noch nicht einverstanden, wiewohl letzterer denn auch einmal schon gewaltig gegen diese ewig Unzufriedenen losgedonnert hat, die anderen können die Ablehnung der Invalidenkasse nicht verschmerzen und machen Stimmung für ein Referendum in dieser Sache.

Die sehr interessante Schadensersatzklage eines arbeitswilligen Buchbinders in Hannover, der von dem Buchbinderverbande für neun Wochen zusammen 135 Mk. verlangte, weil er auf Zureben der Streikleitung seine Stelle wieder aufgegeben hatte, ist auch in der zweiten Instanz zugunsten dieses Streikbrechers ausgefallen. Wir machten von dem Falle früher schon kurze Mitteilung, die Sache ist wirklich recht eigenartig. Die Streikleitung kaufte nämlich die Arbeitswilligen eines Betriebes in aller Form aus, um den Streikenden, nachdem der Konflikt beendet, die Plätze frei zu machen. Die einzelnen Mitglieder der Streikbrecherzunft gezahlten Entschädigungen sollen zum Teile ziemlich hoch gewesen sein. Mit einem Arbeitswilligen wurde man aber nicht handelseinig, der

Mann wollte die Konjunktur etwas zu reichlich ausnützen. Infolgedessen wurde demselben die Verpflichtung auferlegt, sich täglich zweimal zu melden, damit man ihn baldigt anderswo unterbringen könne. Das paßte jedoch dem Streikbrecher ganz und gar nicht, er wollte nur am Wochenlohn zum Geldempfang kommen. Infolgedessen wurde ihm „sein sauer verdientes Lohn“ vorenthalten, worauf der Heidelberger zum Klage rannte. Der Verbandsvorstand war selbstverständlich mit dem Verhalten der Funktionäre in Hannover ganz und gar nicht einverstanden, weil er dieselben aber nicht gut regreßpflichtig machen konnte, sollte geschehen, geschehen sein; vor Gericht aber erklärte er, daß zu derartigen Abfindungen niemals die Genehmigung von ihm erteilt worden wäre. Das Amtsgericht in Stuttgart mußte sich wiederholentlich mit dem Falle beschäftigen; schließlich wurde jedoch der Kläger abgewiesen mit seiner Forderung, da er sich der Kontrolle nicht unterzogen, weshalb die Nachweisung von Arbeit unmöglich geworden wäre, er wäre aber zur Annahme einer Arbeitsgelegenheit gehalten gewesen. Vor dem Landgerichte kam der Herr Karl Boß noch schlechter davon. Dasselbe stellte nämlich fest, daß zu derartigen, außerhalb der üblichen Geschäfte der Ortsvereine liegenden Vereinbarungen allein der Zentralvorstand befugt sei, die mit den örtlichen Funktionären in Hannover seitens des Klägers getroffenen Abmachungen hätten also keine Wirksamkeit. Den schlaun Arbeitswilligen hatte seine Pflichtigkeit getäuscht, er muß obendrein seinen Rechtsanwalt selbst bezahlen. Hoffentlich kommen solche wunderliche Konzeptionen an Arbeitswilligen in keiner Gewerkschaft wieder vor.

Bei den **Lithographen und Steindruckern** hat nun die zwecks Verrechnung mit dem Generealdenverbände eingesezte Sonderkommission ihre Vorarbeiten beendet. Das Dreiklassenystem (Organisations-, Kranken- und Invalidenkasse) soll beibehalten werden, alle den beiden Vereinigungen angehörenden Mitglieder müssen diesen drei Klassen beitreten. Doch sind von einem Zwange zur Organisationskasse diejenigen Mitglieder befreit, welche in Staatsbetrieben beschäftigt werden, ferner Prinzipale, Betriebsleiter, Oberbruder, Oberlithographen und Faktoren; neue Mitglieder sind jedoch zu allen Klassen verpflichtet. Fallen gelassen ist die Altersgrenze sowie die Beibringung eines Gesundheitsattestes. Bezüglich der Invalidenunterstützung wurden wesentliche Änderungen vorgenommen. Eine kombinierte Generalversammlung zu Ostern entscheidet definitiv, bis dahin wird wohl auch der Meinungskampf weiter wogen.

Die Lage bei den **Bergleuten** wird immer gespannter, je schlimmer die Kohlenbarone ihre Schikanen betreiben. Auf der einen Seite wird der Brennstoff verteuert, auf der andern Seite es Arbeitszeitverlängerungen und die willkürlichsten Abzüge (Nullen) neben anderen erstickenden Maßnahmen. Wegen solcher Ursachen kam es anfangs Dezember zu einem Streik auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer und zu Ausständen im Neuroder Revier sowie bei der Gewerkschaft Schombardt bei Kassel. Der erstere wurde schnell beigelegt durch einseitige Zuriinnahme des die Ursache bildenden Anschlagens, die beiden weiteren dauern an. Wir glauben nicht, daß auf die Dauer ein größerer Zusammenstoß vermieden werden kann, die Provokationen seitens der Zechenverwaltungen sind zu aufreizend. Wären die Vergleiche nicht so gesplittert, so würde die Frage einer kräftigen Abfuhr der nach russischem Muster sich in Uebergriffen ergehenden Kohlenbarone bald gelöst sein.

Das Organ der **Metallarbeiter**, die „Metallarbeiterzeitung“, konnte in ihrer ersten Dezembernummer mitteilen, daß ihre Auflage nun 20000 überschritten hat. Von dieser Nummer ist auch eine besondere Ausgabe erschienen, deren erste Seite in Mainzer Fraktur und dreifarbig, hübscher Ausstattung und das freudige Ereignis kund tut, aber auch nicht verschweigt, daß trotz dieser imponierenden Ziffer noch die ungeheure Reserve von 67 Proz. aller Metallarbeiter dem Metallarbeiterverbande fernsteht. Die gemachten Fortschritte sind trotzdem aber gewaltig, denn vor viereinhalb Jahren hatte die „Metallarbeiterzeitung“ erst eine Auflage von 10000 erreicht, bei welcher Gelegenheit die Redaktion den Zeitraum zur Erreichung des zweiten Hunderttausend auf zehn Jahre bemah. Eine solche Enttäuschung läßt man sich allerdings gefallen

In der gleichen Nummer sind auch schon die vom Verbandsvorstande der nächsten Generalversammlung zu unterbreitenden Vorschläge zum Ausbau des Unterstützungswezens enthalten. Die Metallarbeiterorganisation ist in dieser Beziehung recht fortgeschritten; die diesmaligen Vorlagen des Hauptvorstandes sind nur von agitatorischen Gesichtspunkten geleitet: die Provinz soll mehr erobert werden. Es hätte also neben der Einführung eines Steuerbegrüßes an die Hinterbliebenen die Errettung des Steuerbegrüßes von der Arbeitslosenunterstützung am Orte und Vereinigung des Steuerbegrüßes mit der Umzugsunterstützung stattzufinden, so daß jedes Mitglied Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf Reisegeld oder Umzugskosten hat, Erfüllung der statistischen Voraussetzungen natürlich angenommen. Von einer Mindestentfernung von 25 Kilometern an wird Reise- oder Umzugsentfaltung bis zum Höchstbetrage von 50 Mk. gewährt, auch in den Fällen, wo ein nicht ortsanhaftiges Mitglied nach außerhalb Arbeit nimmt, ihm aber die Mittel zur Reise fehlen. Die Arbeitslosenunterstützung soll künftig auf die Dauer von zwanzig Wochen statt zehn Wochen gewährt werden ohne Rücksicht auf die Ursachen derselben. Mitglieder in Orten oder Stellungen, für die Arbeitslosigkeit fast nicht in Frage kommt, können auch in Krankheitsfällen diese Unterstützung als Erwerbslosenunterstützung beziehen: mit dieser Konzeption hofft man die Berufslosen in der Provinz mehr heranzuziehen. Der Beitrag soll zur Bestreitung dieser Mehrausgaben um zehn Pfennig für männliche und fünf Pfennig für weibliche Mitglieder erhöht werden.

Wie bei den Bergleuten, so ist es auch bei den **Textilarbeitern** nicht ganz „geheuer“. Am Niederrhein, in den Bezirken M.-Glabach und Krefeld, gärt es wegen der Einführung des Zweifelhüßsystems ganz gewaltig; es sind vielfach auch schon kleinere Streiks vorgekommen, an denen die christlichen Textilarbeiter besonders engagiert gewesen sein sollen. Die Fabrikanten wollen mit Gewalt dieses für sie recht vorteilhafte System einführen, die Arbeiter stemmen sich nach Kräften dagegen und begründen ihren Widerstand mit dem frühzeitigen eintretenden körperlichen Ruine und der größeren materiellen Ausbeutung. Wenn nämlich ein Arbeiter zwei Stühle bedient, erhält er für jeden Stuhl nur zwei Drittel des Lohnes, den ein Arbeiter bekommt, welcher auf einem Stuhle die nämliche Ware in derselben Menge anfertigt. Im Geraer Bezirke haben die Arbeiter eine Reihe von Forderungen eingereicht. Bei einem eventuellen Streik kommen, da die Greizer sich anschließen wollen, 20000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage. Im Vogtlande ist die Situation jedenfalls am merkwürdigsten, dort sind auch die Zwischunternehmer, die Lohnstickmaschinenbesitzer zusammengetreten, und haben zur Abwendung der Krisis und zur Aufbesserung der Stücklöhne eine Organisation gebildet sowie den Fabrikanten folgende Forderungen unterbreitet, denen sich noch die Vorlage eines festen Lohntarifes anschließen soll: Erzielung und Erhaltung von Stücklöhnen, die mindestens eine mäßige Rentabilität der Lohnstickereibetriebe gestatten. Abzüge für mangelhaft ausgeführte Waren dürfen nicht mehr stattfinden. Der Fabrikant hat sich vielmehr bei mangelhafter Ware zu entscheiden, ob er sie abnimmt oder zurückweist. Innerhalb der jährlich wiederkehrenden geschäftstillen Zeit ist eine planvolle und einheitliche Einschränkung der Betriebe, namentlich durch Verkürzung der Arbeitszeit, herbeizuführen. Es stehen hier also Unternehmer gegen Unternehmer, als drittes Her rücken aber die Arbeiter auch schon zum Treffen an. Was die Lohnstickmaschinenbesitzer wollen, ist eine gewisse Regelung der Produktion; ein Experiment, das im Silberplättlergewerbe auch schon versucht, infolge zu weitgehender Maßnahmen aber gescheitert ist.

Im Verbands der **Holzarbeiter** hat eine anderweitige Regelung der Hauenteilung stattgefunden, für den Gau Hamburg ist in der Person des zum 1. Januar zurücktretenden Redakteurs der „Holzarbeiter-Zeitung“ Albert Nöste ein beforderter Gauvorsteher angestellt worden.

Der Zentralverband der **Zimmerer** schloß in diesem Jahre mit den Unternehmern 107 Tarifverträge ab, so daß im ganzen deren 162 für diesen Beruf bestehen, 566 Zahlstellen zählt die Organisation überhaupt. Daß es zur Festsetzung und beiderseitigen Anerkennung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vielfach erst heftiger Zusammenstöße bedurfte, beweist der allein aus der Hauptkassette in diesem Jahre für Lohnbewegungen ausgeworfene Betrag von 240750 Mk., welche Summe durch Hinzurechnung der letzten Monate sich noch etwas erhöhen wird. Der Hauptvorstand dieser Organisation macht lebhaft Propaganda für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die auf Grund der für die Jahre 1899 bis 1903 aufgestellten Berechnungen sich ohne Schwierigkeit bewerkstelligen läßt.

In dem Organe des Verbandes der **Fabrik- und Hilfsarbeiter** erschienen vor einiger Zeit zwei Artikel über die Lage der Arbeiter in Papierfabriken. Für unsere Kollegen kann es nur von Interesse sein, wenn sie über die Arbeitsverhältnisse in der Papiererzeugung etwas näheres erfahren. Aus dem „Proletarier“ ist zwar nicht viel — wenigstens nach unseren Begriffen — darüber zu erfahren, was wir aber erfahren, genügt vollständig zu dem Urteile, daß die Lage der in den Papierfabriken beschäftigten Personen eine recht traurige ist. Im Jahre 1895 gab es 1055 derartige Betriebe mit 45888 organisationsfähigen Personen, wieviel

davon dem in Frage stehenden Verbands angehören, wird nicht gesagt; wir lesen nur, daß in 56 Orten organisierte Papierarbeiter vorhanden sind. Die Papierfabrikation rentiert sich sehr gut, als Durchschnittsbewertung wird 11,5 Proz. angegeben, eine Rentabilität, die mit Ausnahme von fünf alle anderen Industriezweige übertrifft! Nach den Ausweisen der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für 1902 entfiel von den 71845 beschäftigt gewesenen Hollarbeitern auf jeden nur eine Jahreslohnsumme von 705,12 Mk., nur in acht anderen Berufsgenossenschaften rangieren die Löhne noch hinter denen der Papierarbeiter. Obwohl für diese Beschäftigung völlig ungeeignet, ist die Akkordarbeit vorherrschend, die durch ein raffiniertes Prämiensystem noch verschlimmert wird. Da das Mißlingen oder weniger gute Gelingen der Arbeiten rüchlos mit Geldstrafen belegt wird, so kann man sich ein Bild von der Mißwirtschaft auf den Papierfabriken machen. Daß die Papierindustrie unter solchen Umständen eine recht hohe Unfallziffer aufweist, ist begreiflich. Sie wird noch begreiflicher bei Betrachtung der Arbeitszeiten. Wenn auch nicht allgemein, sicher aber in der Mehrzahl der Papierfabriken haben die Arbeiter im Tagesdienste elf Stunden abzüglich der Pausen zu arbeiten, bei ununterbrochenen Betrieben geht die Arbeitszeit jedesmal von 7 bis 7 Uhr, bei Schichtwechsel dauert sie 24 Stunden hintereinander. Die Arbeiterinnen der in Preußen besetzten Papierfabriken haben obendrein noch 4324 Ueberstunden machen müssen — so viel sind wenigstens zu antizipierender Kenntnis gekommen —, außerdem mußten „zur Verhütung unvorhergesehener Schäden“ die männlichen Beschäftigten noch 44383 Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen leisten, wieder nur allein in Preußen. Die Ausbeutung ist also eine ganz enorme. Das Einbringen der Organisation ist unter solchen Umständen den Papierfabrikanten sehr unangenehm, und sie suchen diese Möglichkeit auch mit allen Mitteln fernzuhalten. Das Vorgehen der Papierfabrik Günther & Richter in Rodau i. S., welche für einige sozialdemokratische Organe Papierlieferantin ist, gab übrigens zu einem von Hannover dem Bremer sozialdemokratischen Parteitag unterbreiteten Antrage Veranlassung, worin die Parteiverordnungen sowie die mit der Herstellung von Gewerkschaftsblättern beauftragten Privatdruckereien erucht werden, bei ihren Abzügen über die Papierlieferungen solche Firmen zu bevorzugen, welche ihren Arbeitern nicht das Koalitionsrecht vorenthalten. Mit der Tenenz dieses Antrages kann man nur einverstanden sein, solche Ausbeutung kann nicht noch von Arbeiterseite prämiert werden; der Antrag kommt hoffentlich auch an den Gewerkschaftskongress, auf dem Bremer Parteitag fand er nicht die nötige Unterstützung. Welchen Umfang die Papierfabrikation angenommen, sollte man gar nicht glauben; von 1878 bis 1895, in einem Zeitraum also von 17 Jahren, nahm die Papiererzeugung um 105 Proz. zu, der Papierverbrauch für Bücher und Zeitchriften stieg allein um das Vierzehnfache. Die politische Arbeiter- sowie die Gewerkschaftspreise sind an diesem Mehrkonsum jedenfalls ganz erheblich beteiligt.

Die **Handlungsgehilfen** standen bzw. stehen noch in der Wahlkampagne. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte Kompromisse bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten zugelassen, von Seiten des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde aber die Parole ausgegeben, die Wahlen von Mitgliedern des erigierten Vereins auf jeden Fall zu verhindern. Diese Ordre wird meistens befolgt werden, in einigen Städten ist sie aber auch von den Deutschen abgelehnt worden. Die Deutschen pochen auf ihre Macht, die Verbände antisemitischer Art verderben jedoch den Eindruck. Was man sich in der Generalversammlung der Münchener Ortskrankenkasse geleistet, war schon nicht mehr schön.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. (Verein Berliner Korrektoren.) In der Sitzung vom 20. November teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß sich der Leipziger Korrektorenverein zur Zentralkommission gemeldet habe. Aufgenommen wurden vier Berliner Kollegen sowie je einer aus Braunschweig, aus Altona und aus Stuttgart. Zum Zwecke der Vorbereitung des Allgemeinen Deutschen Korrektorentages, der am zweiten Pfingstfeiertage in Berlin abgehalten werden soll, von dem man sich allseitig einen hohen agitatorischen Wert verspricht, wurde auch zur Entlastung des Vorsitzenden eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, da der Vorsitzende auf eine Anfrage aus der Versammlung erklärte, das Amt des Vorsitzenden des Berliner Vereins und der Zentralkommission bedeute eine zu große Arbeitsüberbürdung, so daß die Geschäfte darunter leiden müßten. Nach Erledigung einiger technischer Fragen unter „Vermischtes“ wurde die Versammlung geschlossen. — Außerordentliche Sitzung am 3. Dezember. Diese machte sich nötig, da drei Mitglieder des Vorstandes teils aus Gesundheitsrücksichten, teils aus anderen Gründen ihr Amt niedergelegt hatten. Gewählt wurden der erste und zweite Schriftführer und der Kassierer (Alwin Benemann, S. 59, Kottbuser Damm 20). Der erste Vorsitzende erklärte, sein Amt ebenfalls nur bis zur Generalversammlung im Januar zu verwalten zu können, in der ja der gesamte Vorstand gewählt werden müsse, doch sei er bereit, in der Zentralkommission weiter mit zu arbeiten, und zwar im Interesse der Sache, da fast die ganze Korrespondenz durch ihn geführt sei, und er jedenfalls am besten

orientiert wäre. Die Ordentliche Dezemberfeier fällt infolge dieser Außerordentlichen Sitzung und auf Wunsch vieler Mitglieder aus, dagegen wird am 18. Dezember nachmittags 3 Uhr eine Vorstandssitzung abgehalten, in welcher der Kassierer auch Beiträge der Mitglieder in Empfang nehmen wird.

Kassel. Zur Feier der fünfundsiebenzigjährigen Verbandsjubiläum der Kollegen Georg Rudolph und Karl Thiel veranstaltet der hiesige Bezirksverein am 18. Dezember, vormittags von 11 Uhr ab, in der „Stadt Hanau“, Mittelgasse 9, einen großen Festkommers.

-u- **Münden.** Am 30. November tagte eine Außerordentliche Versammlung, um die Verhältnisse der zentralisierten Ortskrankenkasse zu besprechen. Vom Kollegen Böltch wurde das Referat übernommen und schloß die Redner in längerem Vortrage alle die Ursachen, die den finanziell so ungünstigen Jahresabluß (707000 Mk. Defizit) herbeigeführt haben. Wenn die früheren zehn Ortskrankenkassen zum großen Teile gut fundiert waren, und bei geringeren Beiträgen den Anforderungen gerecht werden konnten, so führte Redner dies auf Verhältnisse zurück, mit denen die zentralisierte Kasse jetzt nicht mehr rechnen kann. Die eminent hohen Forderungen der Ärzte und die mit Einführung der neuen Krankenkassen-novelle bedingten Mehrleistungen förderten die Zentralfunktion und wenn man heute vor einem Defizit siehe, so dürfte man die Schuld nicht der Verwaltung zuschieben, sondern zum großen Teile ist sie auf das Konto der Ärzte zu setzen. Ein einziger Blick in die Abrechnung zeige auch, wohin die Gelder gekommen seien. Ueber eine Million mehr gegenüber früher haben die Mitglieder erhalten und wenn die Ärzte früher versprachen, mit Einführung der freien Arztwahl würde dem Simulantentum ein Riegel vorgehalten, so beweise bereits das erste Jahr das Gegenteil. Nie zuvor konnten die Kassenausschreiber ihr unsauberes Handwerk so entfallen wie gerade unter der freien Arztwahl. Die in der zweiten Hälfte des Jahres ins Leben gerufene Kontrollkommission der Ärzte hat zwar einigermaßen Remedur geschaffen, leider werden durch diese Institution aber auch die wirklich Kranken oft empfindlich belästigt. Durch den fortgesetzt hohen Krankenstand waren natürlicherweise auch höhere Ausgaben für Medikamente und Heilmittel sowie für Krankenhaus und Sanatoriumsbehandlung notwendig, und selbstverständlich wuchsen auch die Verwaltungskosten an, was hauptsächlich bedingt wurde durch die Uebergangsperiode und durch das Neunkassensystem. Troßdem die jeinerzeit fest versprochene Einführung der Familienversicherung in weite Ferne gerückt ist, erwartet Kollege Böltch, daß die Delegierten zur Generalversammlung den Sanierungsvorschlägen der Vorstandschaft, erhöhte Beiträge, erniedrigte Leistungen, ihre Zustimmung geben. Wenn Redner früher Gegner der Zentralfunktion war, so siehe er heute trotz des großen Defizits auf einem gegenläufigen Standpunkte, denn die zentralisierte Ortskrankenkasse hat sich als ein Wohltätigkeitsinstitut für die gesamte Arbeiterschaft erwiesen. Man dürfe sich bei Behandlung dieser Angelegenheit nicht von Egoismus leiten lassen, sondern müsse Sorge tragen, daß diese Institution auch fernerhin ihrer sozialpolitischen Aufgabe voll und ganz gerecht werden kann. Dem Referate schloß sich eine ausgiebige Aussprache an, in der man zum Ausdruck brachte, daß auch die außergewöhnlich hohen Verwaltungskosten mit Schuld tragen, daß in einem Jahre das Defizit in so exorbitanter Weise anschwellen konnte. Es wurden verschiedene Anträge eingebracht, die eine Regelung der Massenverhältnisse anstrebten, hauptsächlich durch Reduzierung der Leistungen und Einsparung an der Verwaltung. Eine Abstimmung über diese Anträge wurde nicht beliebt und ließ man somit den Delegierten freie Hand, welchen Vorschlägen zur Sanierung sie ihre Zustimmung geben wollten.

Böfingen a. d. Saar. Zu der am 3. Dezember abgehaltenen Generalversammlung hatten sich wie in den elf Versammlungen des abgelaufenen Jahres fast alle Kollegen eingefunden. Alle hier konditionierenden Kollegen sind Mitglieder. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: B. Hürburger, Vorsitzender, Drucker C. F. Scheur; J. Port, Kassierer; F. Schlund, Schriftführer; Otto Karl, Revisor und Bibliothekar; F. Braun-schweig, Revisor. — Das am folgenden Tage abgehaltene erste Stiftungsfest wurde in Form einer Familienunterhaltung im Vereinslokale gefeiert, zu welcher sich eine beträchtliche Zahl Kollegen aus Saarbrücken eingefunden hatte, denen an dieser Stelle der verbindlichste Dank ausgesprochen sei.

Rundschau.

Eine blühende Säule! Der Verwalter des Bundesvereins in Weipenfeld, Herr August Koschy, scheint uns gewordenen Mitteilungen zufolge bereits auf dem letzten Lode als Funktionär des Gutenbergbundes zu piefen. Das hindert den Herrn aber nicht, seinen drohenden Abgang durch lautes Schreien zu maskieren. So beantwortete er z. B. die Einladung unsers Bezirksvorsitzenden in Zeit zu einer Allgemeinen Buchdrucker-versammlung in Merseburg mit einem ruppigen Briefe, dessen Inhalt selbst den jene Versammlung besuchenden Bändlern Entrüstung abtönte. Es wäre schade für den Mann des „Corr.“, wenn er mit der Wiedergabe jenes Briefes mißbraucht würde. Der Schlusssatz jedoch mag hier Platz finden, da Herr Koschy unsern aus dem Bezirke scheidenden Kollegen D. wie folgt apotropisiert: „... Bedauere, daß ich keine Kenntnis habe, mit welchem

Zuge Sie Ihr tatenreiches Feld verlassen; ich hätte es mir nicht nehmen lassen, Ihnen auf diesem Bahnhofsdenkmal wohlverdienten Lorbeerkranz zu überreichen!" Wer ist denn nun eigentlich der Herr Koschy, der sich da moralisch aufblüht zum Plagen? Einige Zeit vor Ausbruch des Meunsländenkampfes arbeitete K. in Sußl in einer Gewehrfabrik als Arbeiter, weil er in seinem Berufe kein Fortkommen fand, später trat der Herr dann in Jlinenau in Konbition, um kurz darauf gelegentlich des 1891er Streiks unseren Kollegen in Weimar in den Rücken zu fallen. Aber seine Verdienste als Arbeitswilliger wurden von der betreffenden Firma nicht in dem ersten Maße gewürdigt, so daß Herr K. 1895 nach Weissenfels übersiedelte. Ob er dort wie in Weimar ebenfalls Messinglinien so blank polirt wie die Rekruten einer Uniformknappe, wissen wir nicht, aber sonst macht sich Herr Koschy auch in Weissenfels auf allen einschlägigen Gebieten sehr bemerkbar und verdient. So brachte kürzlich erst das haltsche „Volkblatt“ einen Bericht aus Weissenfels, in welchem die Tätigkeit gewürdigt wurde, welche Herr Koschy in der dortigen Ortskrankenkasse II entfaltet. Die Schiebungen um den Revidantenposten bei dieser Kasse werden von Herrn Koschy im wohlverstandenen persönlichen Interesse sehr eifrig unterstützt, Gelder und Wechsel zugunsten des Herrn Koschy spielen dabei keine kleine Rolle, und das Ganze läuft darauf hinaus, daß Herr Koschy um persönlicher Vorteile willen eine Vetternwirtschaft bei dieser Kasse unterstützt. Vorläufig wollen wir nicht deutlicher werden, sofern es aber den Herrn Koschy beim Verlassen seines „tatenreichen“ Feldes nach einem Lobeerkranz gelüftet, soll er einen solchen gratis und franko zugestellt erhalten.

Unsre volle Zustimmung findet eine Einschübung an die „Buchdrucker-Woche“, in welcher ein Beschluß der kürzlich in Gera abgehaltenen Versammlung des Thüringer Zeitungsverlegervereins gemißbilligt wird, welcher die Revisionen der Buchdruckereien durch die technischen Aufsichtsbekannteten der Berufsgenossenschaft auf „das bescheidenste Maß“ beschränkt wissen will, da die Besichtigungen durch die Gewerbeinspektoren schon häufig genug vorgenommen werden. „Sofern sich dieselben aber notwendig machen“, sollen sie nur durch Berufsgenossen stattfinden; sodann sollen von der Berufsgenossenschaft auch nicht gleich Strafen verhängt, sondern zunächst Verwarnungen erteilt werden. Der Einsender macht darauf aufmerksam, daß seit 16 Jahren in jenen Bezirke keine unfalltechnischen Revisionen durch die Berufsgenossenschaft vorgenommen sind und fragt höhnend, ob man vielleicht dreißigjährige Pausen als das bewußte bescheidene Maß ansehe; auch wundert er sich, und zwar mit Recht, daß der dieser Versammlung beizuhörende Generalsekretär Köhler zu einer beratigen Resolution seinen Segen erteilen konnte. Wir haben erst in Nr. 139 einen Ueberblick über die so seltene Vornahme der Betriebsrevisionen durch die Gewerbeinspektoren gegeben: im Reichsdurchschnitt werden nur 49,1 Proz. der Fabriken und gewerblichen Anlagen revidiert. Diese Ziffer ist in einigen thüringischen Staaten höher, in anderen aber wieder wesentlich niedriger. Die Berufung der thüringischen Zeitungsverleger auf die zahlreicheren Besichtigungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten trifft also nicht zu und ihr Verlangen nach Einschränkung bzw. völlige Einstellung der berufsgenossenschaftlichen Revisionen ist deshalb noch unberechtigt. Eine vermehrte Revisionsstätigkeit von beiden Seiten wäre weit nötiger, denn mit den Zuständen in den kleineren Druckereien ist es im allgemeinen gar nicht so gut bestellt.

Einen ruchlosen Streich verübten Diebe an dem Schriftenmateriale der „Einbecker Zeitung“. Die bei einem Einbruche in dieser Druckerei in beträchtlicher Menge entwundene Schrift wurde nämlich von denselben in den Straßen Einbecks verstreut.

Die Universalchriftlinie von Genszsch & Seyje verworfen und die Berliner Normallinie anerkannt hat die Vereinigung deutscher Schriftgießereibesitzer, damit ist auch die Leipziger Normallinie abgetan.

Wegen „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und obrigkeitlichen Verordnungen“ wurde der Redakteur Schlichting von der „Dresdener Rundschau“ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wieso es sich in diesem Prozesse um genanntes Delikt handeln konnte, ist uns nicht verständlich. In dem in Frage stehenden Artikel ist lediglich eine Kritik an der Tatsache geübt worden, daß die Erhöhung der Zivilliste unter dem verstorbenen König mit der Periode der wirtschaftlichen Tiefstands und der Einführung eines 25prozentigen Staatseinkommensteuerschlages zusammengefallen sei. Dieser Umstand hat damals nicht nur der „Dresdener Rundschau“ unter den bürgerlichen Blättern Scharfe scharfe Worte entlockt. Sehr merkwürdig war die von dem Gerichtsverstandenen geäußerte Ansicht, daß die Zivilliste in Sachen nur eine Entschädigung an den Monarchen dafür sei, daß der bei Einführung der Konstitution lebende König die Staatsdomänen an den Staat abgetreten habe.

Also doch! Redakteur Dr. Rakowski von der bekannten großpolnischen Zeitung „Praca“ hat nunmehr seine drei Jahre verbüßt und ist an die russische Grenze abgehoben worden. Im Sommer d. J. tauchte das irrige Gerücht auf, Rakowski wäre aus dem Gefängnis entlassen und wäre trotz seines Einspruchs an Wärdens Grenzpaß ausgeführt worden. Damals erhob sich im Wärdenswalde der offiziellen Presse gerade gegen die letztere Behauptung ein Sturm der Entrüstung. Nun ist die Abschlebung aber doch Tatsache geworden, was nicht zu verwundern,

denn unsere „guten“ Beziehungen zu Rußland haben seit dem leider keine Abschwächung erfahren.

Mit Ausnahme des Donnerstags, welcher sittingsfrei blieb, beschäftigte sich der Reichstag in der verfloffenen Woche mit der Fortsetzung der ersten Lesung des Etats und der Militärvorlage, worüber am letzten Tage dann die Generaldiskussion beendet wurde. Diese Generaldiskussion bietet infolgedessen besonderes Interesse, als alle Parteien ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen, so daß sichtlich von einem allgemeinen Koppschanden der Regierung gesprochen werden kann. Da unser Reichsdallas immer mehr der Bodenlosigkeit zuzunehmen, unsre „Weltpolitik“ immer unerfahrener und deshalb kostspieliger, unsre Russenfreundlichkeit immer schrankenloser und die Freunde an der Absoluten Herrschaft unserer östlichen Nachbarn immer größer wird, so hatte der Reichstanzler einen schweren Stand, denn es war so ziemlich alles nicht mit ihm zufrieden. Das einzige Mitglied der Regierung, über den sich allgemeine Anerkennung ergoß, war der Reichsdachsekretär Stengel, weil dieser mit großer Offenheit die trostlose Lage unserer Finanzen gekennzeichnet hatte. Auch diesmal kam es zu dem gewohnten Reduell zwischen Bebel und Bülow. Von dem, was Bebel in seiner großen Rede an Vorwürfen gegen unsre auswärtige und innere Politik vorbrachte, fand das Wenigste in Bülow's Erwiderung Beachtung, geschweige denn Entgegnung. Dagegen machte sich der Reichstanzler seine Verteidigung äußerst bequem durch Witzleien über die sozialdemokratische Partei und deren innere Verhältnisse. Was er z. B. gegen Bollmar, der übrigens auch eine recht wirksame Rede gegen die Regierungsmethode Bülow's und noch höher wurzelnde Uebelstände hielt, wegen dessen Verleugnung des Revisionismus ins Feld führte, mag ja nicht weit vorbetreffen, aber mit solchen Mitteln hilft man sich doch nur schlecht über unbehagliche Situationen hinweg. Das haben auch Wälder und Abgeordnete anderer Richtungen ausgeführt. Und Bülow hatte sich seine präkäre Lage dadurch nicht verbessert, daß er über den von allen Seiten in schärfster Weise gemißbilligten Königsberger Prozeß als von juristischen Meinungsverdrehungen sprach, über die Dittlenfrage nichts glauben jagte zu müssen und andere Fragen ebenso glatt behandelte bzw. sich gänzlich über sie auschwieg, wie z. B. die Affäre Dittbach. Daß Bülow in der Auswahl seiner Verteidigungsmittel manchmal einen gar schlechten Geschmack entfaltet, bewies er durch die Zitierung eines Musterexemplars von Schimpfartikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Geburtsheifer des Wuchertarifes, welchen Erguß Bebel denkwürdig von den Reichstagen der Partei abschüttelte. Geradezu rührend war die Klage Bülow's über unsre Witzblätter, welche fortgesetzt das Mißgeschick unsers russischen Erbfeindes so gar nicht als Anlaß zu deutscher Trauer nehmen. Wertvoll das Eingeständnis des Zentrumsführers Spahn, daß mit dem Zutrittreden der neuen Handelsverträge eine Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes von selbst eintreten werde. Statt neuer Steuern, die den ärmern Teil der Bevölkerung noch mehr bedrückten würden, machte sich denn auch mehrfach Stimmung für eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer laut, von deren Kommen ja schon Gerüchte umgehen. Die Klassen- und die Militärjustiz, letztere wegen des Dessauer Buchhansurteiles im besondern, fanden entschiedene Heißung, das System Hilger, der Ruchstrafkandal und andere betrieblidige Zustände, an denen es ja leider keinen Mangel bei uns hat, desgleichen. Auch der in Ehrfurcht ersterbende Präsident erhielt seinen Teil wegen des bekannten Telegrammes. Graf Westfalem zeigte bei der Gelegenheit wieder autokratische Mäuren. Herr von Karborski, der als Agrarier wie als Industrieller festsitzende Reichsparteiler, machte noch das Geständnis, daß ihm das Tempo der Sozialpolitik zu schnell gehe; in Ansicht, die wir ihm gern glauben, wenn sie auch sonst den Tatsachen nicht entspricht.

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte am letzten Tage vor seinen Ferien einen großen Tag, nämlich die freisinnige Interpellation über den Königsberger Geheimbundprozeß. Obwohl der freisinnige Redner sich in den ehrerbietigen Grenzen bewegte, war die Debatte doch lebhaft, und der Extrait der fast siebenstündigen Verhandlung bedeutete nur eine Verschlimmerung des Standals, den dieser Prozeß dem Ansehen der deutschen Justiz eingebracht hat. Der Justizminister Schönstedt war nicht der Meinung wie Bülow, daß es sich hierbei nur um juristische Meinungsverdrehungen handle, sondern gefand eine ganze Reihe von Verfestungen und bedauerlichen Vorkommnissen ein. Die Inanspruchnahme des russischen Generalkonsuls in Königsberg als Ueberseher der beschlagnahmten Schriften — deren Inhalt beanstandlich regelrecht ungeklärt wurde —, die Unkenntnis der Königsberger Richter mit den betreffenden Bestimmungen des russischen Strafgesetzbuches sowie des Gegenstandsvertrages gab er vollständig preis, andere Vorwürfe wurden von ihm bebauert. Geradezu verhängswoll wurde dem Justizminister das Nachholen einer Unterlassung; er erklärte nämlich später, daß dem Ministerium doch eine Unklageschrift zugegangen wäre, aber der betreffende Referent stand gerade vor einer Meise und ließ deshalb die Sache liegen! Der Zentrumsabgeordnete Marx nagelte dieses tothbare Geständnis gebührend fest, wie denn mit Ausnahme der Redten alle anderen Redner sich in der Beurteilung des Königsberger Prozesses als total verfehlt und rühmlos für die preussische Justiz einig waren. Der Minister des Innern v. Hammerstein übernahm die Verteidigung der Hamburg-Amerikaner in

Sachen der russischen Auswanderer, betonend, daß nur Polizeibeamte die Ueberweisung nach Rußland anordnen dürfen. Wie erinnerlich, geht alles jedoch nach den Befehlen der Agenten dieser Linie; ein Redakteur des „Vorwärts“ hat diese Erfahrung erst in den letzten Tagen wieder gemacht, als er auf einer Meise von der russischen Grenze nach Hamburg die Rolle eines russischen Auswanderers durchführte. Wenn auch die beiden Minister noch so sehr den Vorwurf der Liebedienerei gegenüber Rußland abwehrten, so glaubte ihnen niemand. Sogar ein konservativer Abgeordneter verlangte eine klare Präzisierung des russisch-preussischen Auslieferungsvertrages, welche Forderung die übrigen Parteien natürlich in schroffer Weise erhoben. Wenn dieses Hochgericht über den von der deutschen bzw. preussischen Regierung beliebten Russentzug im Reichstage abgehalten wäre, würden die Anklagereden und das Urteil noch weit schärfer als so schon ausgefallen sein.

Mit der Streikpostentaktik der Berliner Polizei nicht einverstanden ist fast die gesamte Berliner Presse. Ein merkwürdiger Anlaß brachte dieses wertvolle Geständnis zutage. In der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten sollte nämlich die sozialdemokratische Interpellation wegen der Haltung der Polizei gegenüber den Streikposten zur Verhandlung kommen. Der Vorsteher Langerhans ließ die Besprechung nicht zu, es kam zu einem Zusammenstoße, zu einer erregten Szene, und die Presse sprach andern Tages ihr Urteil über diese Polizeipraktiken. Ob das Berliner Polizeipräsidium nun eintreten wird?

In Königsberg wurde sieben Arbeitern der Prozeß wegen Zusammenrottung gemacht. In Wirklichkeit war es ein gewöhnlicher Aufruhr, hervorgerufen durch ein 30 Mann starkes Aufgebot von Schutzleuten, welches ein Keßelstreiken gegen die streikenden Bauarbeiter veranlassen wollte, aber kein Grund zum Einschreiten fand. Als sich die Schutzleute dann nach der innern Stadt zurückzogen, entstand ein Aufruhr, an dem die Streikenden auch wieder nicht beteiligt waren. Es wurde gejohlt und gepöfien, aber auch nach den Schutzleuten geworfen. Zwei der Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sie nachweislich an dem Kravalle gar nicht beteiligt gewesen. Von den übrigen wurden zwei zu je acht, einer zu sieben und vier zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auch dieses Urteil wird sich wieder zu einem Vergleich mit dem gegen die aufrihrerischen Techniker in Sildburghausen.

Briefkasten.

R. S. C.: Die Hälfte, also 50 Mt. — P. K. in B.: Sie haben 14 Tage Kündigung zu beanfordern; die Arbeitsordnung geht Sie nichts an, weil für tarifreue Firmen der § 41 des Tarifes maßgebend ist: „Bestimmungen in Arbeitsordnungen, welche dem Tarife widersprechen, sind für Buchdruckergehilfen unwirksam.“ — od.: Wird aufgenommen. — Herrn Schmidt in Berlin: Kritik war vielleicht etwas zu drastisch, das geben wir zu, was Sie aber uns sonst zum Vorwurfe machen, ist teils unwahr, teils der Ausfüh grauer Theorie. — C. K. in Berlin: 3,55 Mt. — E. P. in Berlin: Wenden Sie sich einmal an Kollegen P. Bähre, London N, 18-23 Craven Street, Brunswick Place.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Die nächste Vorstandssitzung findet Sonnabend den 17. Dezember, 9 Uhr abends, im Vereinslokale (H. Franzen), Michaelisstraße 46, statt.

Die Bibliothek ist an den Weihnachtsfesttagen und am Neujahrstage geschlossen.

Schleswig-Holstein. (Abrechnung für das 3. Quartal 1904.) Verbandskasse. Einnahme: 8354 Beiträge à 1,10 Mt., 13 à 50 Pf. = 9195,90 Mt., Eintrittsgeld 9 Mt., Vor- und Zuschuß 724,43 Mt., zusammen 16929,33 Mt. Ausgabe: Reizeunterstützung 3042,45 Mt., Arbeitslosenunterstützung 4352,50 Mt., Unterstützung an vorübergehend Erwerbsunfähige 3061,30 Mt., Sterbegeld 100 Mt., Unterstützung an dauernd Erwerbsunfähige 1183 Mt., Unzugskosten 252 Mt., Unterstützung nach § 2 42 Mt., 3 Proz. Verwaltungskosten 276,15 Mt., Voranschuß zurückbehalten 3000 Mt., an die Hauptverwaltung 1619,93 Mt., zusammen 16929,33 Mt. Drucker 54. Arbeitslos 130 Mitglieder 3686 Tage, krank 72 Mitglieder 2125 Tage. Mitgliederstand zu Anfang des Quartals 729, neu eingetretene 6, wieder eingetretene 3, zugereist 92, vom Militär 9, zusammen 839. Abgereist 104, ausgestreten 4, ausgeschlossen 5, gestorben 1, Mitgliederstand am Ende des Quartals 725, Abnahme 4 Mitglieder. — Aus der Zentralinvalidentasse wurde 1 Invalid mit 91 Mt. unterstützt. — Gaukasse. Einnahme: Bestand zu Anfang des Quartals 1648,21 Mt., 8367 Beiträge à 25 Pf. = 2091,75 Mt., Remuneration der Verbandskasse 276,15 Mt. Ausgabe: Remunerationen: a) an den Gauvorstand 170 Mt., b) an die Mitgliedschaften 131 Mt., Porto: a) Gauvorstand 39,31 Mt., Mitgliedschaften 46,80 Mt., Schreibmaterialien usw. 6,85 Mt., Unterstützung an Arbeitslose 1699,50 Mt., dgl. an Arbeitsunfähige 406 Mt., „Corr.“-Obligatorium 442,54 Mt., Literatur 1,52 Mt., außerordentliche Unterstützung 3 Mt., Druckfachen 153,50 Mt., Gesamtausgabe 3100,02 Mt. Somit verminderte sich der Klassenbestand von 2365,70 Mt. zu Anfang des Jahres und von 1648,21 Mt. zu Anfang des 3. Quartals auf 916,09 Mt. Die

Berminderung des Bestandes betrug im 3. Quartale 723,12 Mark, in allen drei Quartalen zusammen 1449,61 Mk.

Bezirk Hirschberg. Der Seher Franz Hanke aus Hohenploh, welcher zuletzt in Hermsdorf u. S. konditionierte und ohne Buch und Restierung von sieben Wochenbeiträgen abgereist ist, wird ersucht, seine Verpflichtungen mit dem Bezirkskassierer innerhalb 14 Tagen zu regeln, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Quisburg. Um Angabe der Adresse des Druckers Georg Scheibel aus Glogau ersucht Heinr. Wimer, Heerstraße 2.

Heide i. Holst. Der Vorstand setzt sich für das kommende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Emil Buchholz, Kleine Straße 9, Vorsitzender; Joh. Lorenzen, Loutjenstraße 21, Kassierer; M. Göhring, Schriftführer; S. Wolf, Revisor.

Magdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ludwig Ebermann, Ehrhardsberg 33, erster Vorsitzender; Karl Stoll, zweiter Vorsitzender; Fritz Ebeling, Schriftführer; Aug. Petri, Diesdorf b. Magdeburg, Kassierer;

Gustav Garz, Bibliothekar; Georg Böhm und Hermann Regel, Beisitzer.

Quasenbrück. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem Seher Richard Morach aus Berlin, zu setzen hierüber, die restierenden 1,30 Mk. in Abzug zu bringen, und dieselben an den Kassierer Heinrich Fett portofrei einzusenden.

Arbeitslosenunterstützung.

Quisburg. Die Herren Meißelkassierer werden ersucht, dem Seher Otto Zube aus Kolberg (Hauptbuch-Nr. 28718) 5 Mk. abzugeben und an Heinr. Wimer, Heerstraße 2, einzusenden.

Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker.

Strasbourg. Der Drucker Albert Hauschild, welcher vor kurzem in Germersheim konditionierte, zuletzt eine Woche in Strasbourg, ohne sein Buch abzugeben, ist von hier ohne Entziehung des Beitrages (1,10 Mk.) abgereist. Derselbe wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen baldigst nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt

wird. Die Herren Funktionäre wollen S. hierauf aufmerksam machen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.
Geschäftsordnungen für die Tarif-Arbeitsnachweise, als Anhang zum Tarife gedruckt, sind durch das Tarifamt, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen. Preis pro Exemplar 3 Pf. Porto zu Lasten des Bestellers.
Porto bis zu 5 Exemplaren 3 Pf.
" " " 10 " 5 "
" " " 26 " 10 "
" " " 52 " 20 "
" " " 106 " 30 "
Größere Sendungen als Paket.

Deutscher Buchdrucker-Tarif pro Exemplar 10 Pf.
Kommentar zu demselben pro Exemplar 60 Pf.
Geschichte der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker pro Exemplar 5 Pf.
Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien pro Exemplar 5 Pf.

Sonntag bis 8 Uhr geöffnet!

Streng reelle Fabrikate. Cigarren Konkurrenzlos billig.

Nr. 15. 9 cm lang, 100 St. Mk. 2,40.
Nr. 19. 12 cm lang, 100 St. Mk. 2,60.
Nr. 20. 11 cm lang, 33fac. Mk. 3,00.
Nr. 17. 41 cm lg., Mk. 2,50.
Nr. 22. 12 cm lg., 100 St. Mk. 3,50.
Nr. 35 a. 14 cm volle Qual. Mk. 4,75.
Nr. 46. 15 cm Vorstenland Mk. 7,50.
Nr. 27. 12 cm lg., 100 St. Mk. 4,00.
Nr. 42a. Sumatra-Felix Mk. 5,25.
Nr. 37 b. 14 cm lg., Mk. 5,—
Nr. 42. 12 cm la Qualität Mk. 6,50.
Nr. 29. 12 cm Besencigarre Mk. 4,10.
St. Andr. Mexico, Mk. 4,50-5,00.**Nr. 35.** 13 cm Vorstenld. Mk. 4,50.
Nr. 43. 12 cm, mit Ring mild, Mk. 6,50
Nr. 35 B. 12 cm. Sumatra Mk. 6,—
Nr. 44. 12 cm, Mexico-Hav. Mk. 7,50

Sämtliche Marken sind leicht, mittel und kräftig am Lager.
Nicht unter 100 St. von einer Sorte, nur geg. Nachn. od. vorher. Einsend. von 300 St. an portofrei, b. 500 St. 3/10, b. 1000 St. 6/10, b. 2000 St. u. dar. 10% Rabatt, wenn sich Besteller a. diese Ztg. bez. Nichtgefallendes auf uns. Kosten zurück. Preisliste gratis u. franko.
Czollek & Geballe, Berlin, Spandauer-Brücke 7.

Sonntag bis 8 Uhr geöffnet!

Erster Akzidenzsetzer

der im Entwurf, selbständigen Ideen und **Complattenschnitte** wirklich etwas Nützliches leistet, auch Korrekturen mitliest, wird per sofort oder event. auch später gesucht. Lohn etwa 33 Mk. pro Woche. Werte Offerten, denen die Photographie beizulegen ist, erbeten unter Nr. 318 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Maschinenmeister

für Dreis- und Vierfarbendruck, Anfangslohn 36 Mk., verlangt. Es wollen sich nur Herren melden, die genügende Erfahrung in obigem Spezialdruck besitzen und sich hierüber entsprechend ausweisen können.

Geborener Araber

(Nachmann) empfiehlt sich als Zeichner arabischer und persischer Typen aller Art; auch für Schriftgattereien. Werte Offerten erbitte unter „Abdalla“, Berlin, Postamt S 42. [303]

Linotypsetzer, alt, erf. verh., 6 1/2 J. an der Maschine, sucht angest. Stellg., dauernde Stellg. Mitr. 3 Jan. Werte Off. mit Gehaltsang. u. „Linotype 89“ Postamt Berlin S 69 erbeten. [315]

Hermann Sachse Halle-Trotha
empfehlen billigste technische, Bedarfs- und Luxusartikel für Buchdrucker sowie Fachliteratur und Vorlagen.
Rechtlich autorisierte Preisliste kostenlos. [313]

Stuttgarter graph. Versandhaus, 52 Calwerstr. Th. Leibius. Calwerstr. 52, empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ählan, Pinzetten, Scheren, Zuchtmesser, Umränder, Blei- u. Weinspiegel, Künsterblei, Kravattennadeln, Damenschroschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale mit Güttenberg od. Wapp-, Schnupftabakdosen, Feuerzeuge u. Vereinsabzeichen etc. Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Plauen i. V. Sonnabend, 17. Dezember, abds. 9 Uhr. Versammlung im Vereinslokale. D. J. [317]

Interessant und billig
ist das Selbstanlegen e. elektr. Klingel. Kompl. Ant. m. 20 m Draht & nur 5 Mk. Porto extra. Saub. Arbeit. Gute Funktion. Nachnahmeservice. **Paul Fischer, Remünster, Ansharstr. 33 O.**
Bei **Augustin, Berlin, Lindenstr. 69,** gibt es jeden Freitag tabellose [289]
Frische Blut- und Leberwürst.
Täglich: Gr. Mittagstisch. — Vereinszimmer.

Mur Engros.

Der ausserordentliche Beifall

den unsere nachstehend aufgeführten Spezialmarken in weitesten Raucherkreisen gefunden haben, veranlasst uns, dieselben auch den Lesern dieser Zeitung zu einem Versuche zu empfehlen:



Marke Gran Marka, gute 6 Pf.-Qualität, 100 St. 4,50 Mk., 300 St. 13 Mk. fr.

Kleine Kaffee-Zigarre	3,00 Mk.	Borneo-Perle, II. Sortierung	4,60 Mk.
Marke No. 66	3,00 "	Eva, Kasino-Zigarre	5,00 "
Imperiola, Bock-Façon	3,50 "	Goliath, Riesen-Façon	5,70 "
Schneidig, Brasilmischung	4,00 "	Flor de Braka, pikant	6,00 "
Hollandia, etwa 13 cm lang	3,75 "	Flor de Garcia, ff. Havana	7,50 "
Exquisite, sehr beliebt	4,50 "	Panella, Sumatra-Havana	10,00 "
Royal, ff. Mischung	4,20 "	Dieselbe, II. Sortierung	8,20 "

Ausführliche Preisliste franko.
Versand nicht unter 100 Stück einer Sorte, gegen Nachn. 300 Stück franko.
Nichtzusagendes nehmen wir zurück.

Rauscher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW 32,
Karlstasse 24 (Kein Laden). [284]
Den Lesern des „Corr.“, die sich auf denselben beziehen, gewähren wir extra 3% Rabatt.

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen!
Unterrichtsbriele für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie A: Setzerbrief 27, Der Zeitungs- u. Inseratensatz.
Zu beziehen durch Julius Mäser in Leipzig-R., Senefelderstrasse No. 15. [320]

Gebrauchs- und Geschenkartikel für Buchdrucker
in unübertroffener Auswahl und in jeder Preislage enthält der im 19. Jahrgange erscheinende, mit über 150 Abbildungen versehene **Graphische Anzeiger.** Vor Einkauf von Geschenk-Gegenständen, technischen Utensilien und Fachschriften verlange man ihn deshalb stets umsonst und portofrei von der [241]
Graph. Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, Halle a. S.

Unentbehrlich! Unentbehrlich!
Anhang zum Tarife
von **Konrad Gehler, Leipzig, Salomonstr. 8**
Preis pro Exemplar 10 Pf.
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Mit Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 12 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 48
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Aus der **Ex-Libris-Sammlung** der Bibliothek des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. 65 meist unveröffentlichte Blätter auf 50 Tafeln in gr. 4. 18 Mk.
Der englische **Verfasser**, **Bon Hellwig 30 Pf.** Inferatensatz (208). Bon S. C. 1 Mk.
Wörterbuch der Buchdrucker und Schriftsetzer. Circa 1700 fachgewerblich u. fachgesellschaftliche Wörter und Redensarten, sprachlich und sachlich kurz erläutert von E. Schmidt, 1,20 Mk.
Zusammenhang allerzeitiger Zeichnungen u. Zeichen von Ex-Libris, Titelfaktoren, Briefkasten Zeichnungen uhm. Bon S. C. 1897. Antiqu. 1,20 Mk. für 10 Mk. angeboten.
Praktischer Leitfaden für Buchdruck. Ein wirkliches Lehrbuch für den Farbendruck u. die Farbennüchtingung im Buchdruck. Nach jahrelanger praktischer Erfahrung und Besuchen bearbeitet u. herausgegeben von S. Müller u. M. Dethlefs. 8,50 Mk. franko. Galvanoplastik. Bon S. C. 3 Mk.